

Inhaltsverzeichnis

Sozialhilfe: GPK fordert mehr Härte	2
Untersuchung entlastet Zürcher Sozialhilfe	3
Sozialhilfe: «Intensivere Kontrollen wären möglich»	4
Zwei Kronzeuginnen gegen Monika Stocker	6
«Kritik wird als Angriff auf die Sozialhilfe angeschaut»	7
«Missbräuche offenbar an der Tagesordnung»	10
Peter Arbenz entlastet Stocker	11
Bericht entlastet Stockers Departement	12
Kritik an der Sozialhilfe löst sich in Luft auf	13
Keine Bestrafung der Stadt Zürich	15
Heftige Kritik von Insiderinnen am Zürcher Sozialwesen	16
«Die interne Kontrolle in der Sozialhilfe ist tatsächlich mangelhaft»	18
Sozialvorsteherin Monika Stocker tritt auf Ende Juli zurück	20
Das Stadtparlament hält Sozialhilfepraxis für genügend durchleuchtet	22
Stocker-Kritikerinnen fristlos entlassen	24
Harsche Kritik am Sozialamt nicht erhärtet	25

Sozialhilfe: GPK fordert mehr Härte

Pascal Unternährer

zürich – Die Zürcher Sozialhilfe war im letzten Frühling durch diverse Berichte der «Weltwoche» arg unter Beschuss geraten. Zu viel oder missbräuchlich sei Sozialhilfegeld bezogen worden, lautete der Vorwurf. Vor allem der sogenannte «BMW-Fall» hatte die Gemüter erregt. Seit gestern liegt nun der Bericht der Geschäftsprüfungskommission des Gemeinderats zu neun Fällen vor, die in den Medien verbreitet wurden. Die GPK kommt zum Schluss, dass sich die Städtischen Sozialen Dienste abgesehen vom «BMW-Fall» keine gravierenden Verfehlungen haben zuschulden kommen lassen und dass sie die meisten Unregelmässigkeiten schon vor den Medienberichten entdeckt haben. Durch konsequenteres Nachfragen hätten die Sozialarbeiter allerdings schon früher reagieren können. Die Vorwürfe der «Weltwoche» hätten sich teilweise als falsch, teils aber auch als richtig erwiesen, schreibt die GPK. Das Sozialdepartement habe darauf aber zu zurückhaltend agiert. Besser wäre eine «antizipierende Haltung» gewesen, heisst es weiter. Die Skos-Richtlinien seien aber stets richtig angewendet worden. Allgemein fordert die GPK nun mehr Härte. Auch schlägt sie organisatorische Änderungen vor. (pu)

ISeite 29, Kommentar 5. Spalte

Untersuchung entlastet Zürcher Sozialhilfe

Eine Kommission des Gemeinderats attestiert den Sozialzentren gute Arbeit. Verbesserungen seien dennoch möglich.

Von Martin Huber und Daniel Suter, Zürich

Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) des Zürcher Gemeinderates hat ihren Bericht über die Zürcher Sozialhilfe vorgelegt. Nach Medienberichten vor allem in der «Weltwoche» über missbräuchliche Bezüge von Fürsorgegeldern hatte die GPK die Prozesse und das Qualitätssicherungssystem der Sozialen Dienste untersucht. Der Bericht stellt dem Sozialdepartement ein weit gehend gutes Zeugnis aus. Nur in einem der in den Medien genannten Fälle habe es gravierende Verfehlungen gegeben: Ein Polizeibericht über eine Sozialhilfebezügerin, die einen BMW geleast hatte, war verschlampt worden.

Alle anderen Missbräuche hatte das Sozialdepartement selbst entdeckt und war eingeschritten, bevor die Medien darüber berichteten. Die Abklärungen der GPK hätten gezeigt, dass die Belastung der Mitarbeitenden in den fünf Sozialzentren gross sei. Die Abläufe dort seien «mehrheitlich effizient und gut organisiert». Die Fürsorgeleistungen würden korrekt berechnet. «Für die Mitarbeitenden der Sozialzentren ist klar und unbestritten, dass Kontrollen bei Klientinnen und Klienten nötig sind», heisst es im Bericht.

Die GPK spricht Empfehlungen aus, wie Abklärungen der wirtschaftlichen Verhältnisse verbessert werden könnten. Fürsorgebezüger sollten auch mit Teillohnjobs wieder näher an die Arbeitswelt herangeführt werden. Zur Missbrauchsbekämpfung müssten mehr Informationen vom Polizeidepartement kommen - doch dazu braucht es neue Gesetze. Schliesslich sei die Sozialbehörde, das politische Aufsichtsorgan, so zu reformieren, dass es die Kontrollpflicht wahrnehmen könne. Die GPK hat ihren Bericht einstimmig verabschiedet. Der Stadtrat und Sozialvorsteherin Stocker reagierten erleichtert. SVP und «Weltwoche» kritisierten den Bericht.

Kommentar 5. Spalte, Berichte Seite 11

Autor: Huber Martin

AufschlagGES

Sozialhilfe: «Intensivere Kontrollen wären möglich»

Zürchs Sozialhilfe funktioniert mehrheitlich gut. Nötig sind aber ein verbesserter Datenaustausch zwischen allen Stellen in der Verwaltung, fordert die GPK des Gemeinderates.

Von Martin Huber

Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) hatte im Auftrag des Stadtparlaments Abläufe und Kontrollen im Sozialdepartement von Monika Stocker (Grüne) durchleuchtet. Auslöser waren Medienberichte über Missbräuche beim Bezug von Sozialhilfegeldern (siehe Kasten). Gestern Dienstag präsentierte die Kommission die Untersuchungsergebnisse. Dabei kommt das aus vier SP-, je zwei FDP- und SVP- sowie je einem CVP-, EVP- und Grünen-Vertreter zusammengesetzte Gremium zum Schluss, dass Organisation und Abläufe in den Sozialzentren grundsätzlich gut funktionierten, wie Urs Egger (FDP), Präsident der GPK-Sonderkommission Sozialhilfe, sagte. Der knapp 50-seitige Bericht wurde von der GPK einstimmig verabschiedet.

Wegen der grossen Fallzahl stossen bestehende Missbrauchskontrollen laut Egger aber an Grenzen. Weniger Fälle pro Mitarbeiter oder mehr Möglichkeiten zur Delegation gewisser Aufgaben an Spezialisten würden eine intensivere Betreuung der Sozialhilfebezüger und damit eine Senkung der Missbrauchsquote ermöglichen. Heute sind Mitarbeitende in den Sozialzentren im Schnitt mit 130 bis 150 Fällen betraut. Die Fälle würden zunehmend komplexer, und vermehrt träten Bezüger mit schwierigem Charakter und «einer fordernden Anspruchshaltung» auf.

Grosse Hoffnungen in Sozialdetektive

Deutlich spürbar sei an der Basis auch eine Reformmüdigkeit und eine gewisse Unzufriedenheit mit der Führung der Sozialen Dienste. Ihr werden ein schwerfälliger Informationsfluss und fehlender Einbezug der Basis vorgeworfen. Als Folge der Verunsicherung setzen viele Mitarbeiter grosse Hoffnungen in die Arbeit der Sozialinspektoren, die sie entlasten könnten. Über die Wirkung der seit Juli im Einsatz stehenden Inspektoren konnte die GPK noch keine Angaben machen. Dafür legt sie verschiedene Vorschläge dar, wie die Kontrollen verbessert werden könnten. «Intensivere Kontrollen wären möglich», konstatiert der Bericht. Insbesondere ein vermehrtes Nachhaken bei nicht beigebrachten Dokumenten wie Mietverträgen und Lebensläufen wäre leicht zu bewerkstelligen, wie die Beispiele Luzern und Winterthur zeigten. Dringend verbessert werden muss laut GPK der Informationsfluss zwischen Amtstellen wie Sozialamt, Suva, Polizei, RAV oder Strassenverkehrsamt: «Offenbar wird der Datenschutz von gewissen Ämtern vorgeschoben, damit sie keine Auskunft geben müssen», kritisiert der Bericht.

Derzeit klärt eine Arbeitsgruppe der Stadt rechtliche Möglichkeiten einer besseren Zusammenarbeit ab.

Für die GPK ist auch eine stärkere Konzentration der Kontrollen nötig. Die Bereiche mit den grössten Betrugsrisiken - Schwarzarbeit, Drogenhandel, Verschweigen von Vermögen - seien bekannt. Zudem empfiehlt sie ein konsequenteres Durchsetzen von Forderungen und Auflagen. Es brauche klarere Regeln für Ferien und Auslandsreisen, vermehrt kurzfristige Einladungen zu Besprechungen sowie regelmässige Überprüfungen der Zahl von Personen in einem unterstützten Haushalt.

In einem gewissen Widerspruch dazu steht die Forderung nach deutlicher Verschlanung der internen Richtlinien. Laut GPK hat dieses Regelwerk ein Ausmass angenommen, das Mitarbeitenden den Überblick sehr schwierig macht. Egger sprach von einem «Dschungel von Vorschriften». Weiter empfiehlt die GPK, Sozialhilfeempfänger noch konsequenter einem Teillohnprogramm zuzuweisen. Wer nicht kooperiere, dem solle die Unterstützung gekürzt werden.

Sozialbehörde wird reorganisiert

Grossen Reformbedarf ortet die GPK bei der nach Parteienproporz zusammengesetzten Sozialbehörde. Deren Doppelrolle als Kontroll-, Entscheidungs- sowie Rekursorgan sei «problematisch». Wegen möglicher Interessenkonflikte müsse die Besetzung des Präsidiums durch Departementvorsteherin Stocker hinterfragt werden. Weil sie als Milizbehörde die Fälle nicht eingehend genug prüfen könne, dränge sich eine Teilprofessionalisierung auf.

Die Sozialbehörde unterstützt eine solche Reform, wie sie mitteilte. Sie soll bis 2010 abgeschlossen sein. Eine Mehrheit der Behörde beurteilt den GPK-Bericht als wertvoll, die SVP-Mitglieder lehnen ihn ab.

Der Stadtrat reagierte «mit Erleichterung und Genugtuung» auf den Bericht. Damit seien die «massiven und Fakten verzerrenden Vorwürfe der Medien richtiggestellt». Auch er hält eine umfassende Reform der Sozialbehörde für angezeigt und will den Informationsaustausch zwischen den Ämtern verbessern. Die Sozialhilfe trage zum Wohlergehen der Stadt und ihrer Bewohner entscheidend bei und sei erwiesenermassen ein wichtiger Aspekt der Standortattraktivität. Der Stadtrat sei «ohne Wenn und Aber» entschlossen, Sozialhilfemissbrauch mit allen zum Ziel führenden Mitteln zu bekämpfen.

BILD DORIS FANCONI

Urs Egger (FDP) leitete die GPK-Untersuchung der Stadtzürcher Sozialhilfe.

«Die Skandalisierung hatte auch etwas Positives»

Die Zürcher Stadträtin Monika Stocker zeigt sich erfreut über den GPK-Bericht zur Sozialhilfe.

Mit Monika Stocker sprach Martin Huber

Frau Stocker, was löst der GPK-Bericht bei Ihnen aus?

Ich freue mich, vor allem für meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, dass er zweierlei klar festhält: Unsere Sozialzentren funktionieren, und in den «Medienfällen» sind, mit einer Ausnahme, keine gravierenden Fehler passiert.

Welche Lehren ziehen Sie jetzt?

Der Informationsaustausch zwischen den Ämtern in der Verwaltung ist zu verbessern, die Sozialen Dienste werden ein modernes Risikomanagement einführen, und die Sozialbehörde muss reformiert werden.

Was muss reformiert werden?

Die Gemeindeordnung schreibt bis anhin vor, dass die Vorsteherin des Sozialdepartements auch Präsidentin der Behörde ist. Dies steht nun zur Diskussion.

Warum hat das Sozialdepartement nicht schon früher und von sich aus reagiert?

Verbesserungen sind in einer Grossorganisation ein Dauerthema. Die Sozialen Dienste sind eine professionelle Organisation, die den grossen Anforderungen in der Sozialhilfe - 50 Prozent mehr Fälle in drei Jahren - gewachsen war.

Noch vor einem Jahr haben Sie beim Thema Sozialhilfemissbrauch erklärt, man habe das Problem im Griff. Müssen Sie jetzt nicht selbstkritisch anfügen, das Ganze zu lange weggeschoben zu haben?

Missbräuche sind ein emotionales Thema. Dies haben wir wohl eher unterschätzt. Die Sozialhilfe braucht das Vertrauen der Bevölkerung. Die Skandalisierung, auch durch die Kampagne letztes Jahr, hatte letztlich auch etwas Positives. Die Öffentlichkeit wurde zusätzlich sensibilisiert. Hatte das Thema zuvor bloss ein müdes Gähnen ausgelöst, wird jetzt offen über die Sozialhilfe diskutiert.

Haben Sie in der ganzen Kontroverse nicht auch Fehler gemacht, etwa manchmal zu dünnhäutig reagiert?

Das sehe ich nicht so. Für mich ist es undenkbar, dass man die individuellen Lebensumstände von Menschen in der Sozialhilfe in der Öffentlichkeit ausbreitet. Wir haben diesen Menschen gegenüber eine Verantwortung.

Die Missbrauchsfälle brachten Sie an den Rand des Rücktritts. Und jetzt? Fühlen Sie sich so weit gestärkt, dass Sie 2010 eine weitere Amtsperiode regieren und gar den Rekord von Emilie Lieberherr (SP) knacken?

Diesen Rekord knacke ich sicher nicht. Nach 24 Amtsjahren wäre ich 70-jährig.

Ein weiteres Problem liegt darin, dass man mit Sozialhilfe teilweise mehr verdient als wenn man arbeitet. Was stimmt da nicht?

Da geht es in erster Linie um eine mangelhafte Abstimmung der verschiedenen Systeme wie Sozialhilfe, Sozialversicherungen und Steuersystem. Hier sind

Kanton und Bund gefordert. Die Höhe der Sozialhilfe muss immer wieder diskutiert werden.

«Keine gravierenden Verfehlungen»

Die GPK hat Missbrauchsvorwürfe in Medienberichten weit gehend relativiert.

Berichte über Sozialmissbräuche und stossend hohe Auszahlungen hatten im letzten Frühling die Zürcher Sozialhilfe in Bedrängnis gebracht. Die «Weltwoche» machte die meisten Fälle publik. Darin war die Rede von einer Familie, welche 9000 Franken Fürsorge pro Monat erhielt; von Fürsorgebezüglern, die nicht arbeiten wollten, die im Ausland lebten und in Zürich kassierten sowie mehrere Autos besaßen. Sozialgelder sollen gar an eine Islamistenorganisation geflossen sein. Aufsehen erregten auch Berichte über Zahlungen an eine Prostituierte und an eine Frau, die den teuren BMW fuhr, der am 1. Mai von Chaoten angezündet wurde.

Die GPK kommt nach der Untersuchung von neun dieser Fälle zum Schluss, dass die Sozialen Dienste die meisten Unregelmässigkeiten bereits vor der Berichterstattung entdeckt hätten, wobei sie sie allerdings durch «konsequentes Nachhaken» teilweise früher hätten entdecken können, wie Urs Egger (FDP) sagte. Die GPK habe keine gravierenden Verfehlungen feststellen können - mit Ausnahme des BMW-Falles, bei dem ein Amtsbericht der Polizei liegen blieb. «Viele der erhobenen Vorwürfe erwiesen sich als falsch, waren teilweise aus dem Zusammenhang gerissen, teilweise jedoch zutreffend», schreibt die GPK. Die Sozialen Dienste hätten eher «reaktiv und zurückhaltend» agiert; künftig brauche es eine «antizipierende Haltung». Auf eine Diskussion um die Höhe der Fürsorge lässt sich die GPK nicht ein: Gewisse Leistungen schienen auf den ersten Blick hoch, entsprächen jedoch den kantonal verbindlichen Skos-Richtlinien. Ob diese geändert werden sollen, sei eine politische Frage.

«Schludriger Bericht»

Kritik am GPK-Bericht übte «Weltwoche»-Journalist Alex Baur, der die meisten Fälle veröffentlicht hatte. Der Bericht sei «schludrig» und stütze sich bloss auf Angaben von Personen, die der GPK vom Sozialdepartement empfohlen worden seien. Kritische Stimmen seien nicht berücksichtigt worden. Zudem stimme es nicht, dass das Sozialdepartement die meisten Fälle von sich aus aufgedeckt habe. Auch SVP-Fraktionschef Mauro Tuena sieht wesentliche Versäumnisse. Befragt worden seien weder Monika Stocker noch jene zwei Mitarbeiterinnen, die inzwischen vom Departement freigestellt wurden. Die GPK wies den Vorwurf der Schludrigkeit zurück. Man habe die Abläufe sehr gründlich überprüft. Die GPK habe aber nicht über die weit reichenden Befugnisse einer PUK verfügt. Immerhin habe man in den Sozialzentren auch «ausgesprochen kritische Aussagen» gehört. (mth)

Zwei Kronzeuginnen gegen Monika Stocker

Zürich. - Zwei freigestellte Mitarbeiterinnen des Sozialdepartements kritisieren die Zürcher Stadträtin Monika Stocker scharf. Es fehle der Departementschefin an kritischer Distanz zur eigenen Position, die Hierarchie sei verstärkt worden, und viele Sachbearbeiter hätten Scheuklappen. Die langjährigen Mitarbeiterinnen wurden im Oktober unter dem Verdacht der Amtsgeheimnisverletzung am Arbeitsplatz verhaftet und sind seither freigestellt. Von der Geschäftsprüfungskommission des Gemeinderates wurden sie nicht befragt, denn das Sozialdepartement durfte deren Gesprächspartner selber bestimmen. (rs)

Interview und Berichte Seite 15

Autor: Strehle Res

AufschlagGES

«Kritik wird als Angriff auf die Sozialhilfe angeschaut»

Bei einem Drittel aller Fälle in der Sozialhilfe könnten die Zahlungen eingestellt werden - falls genauer kontrolliert würde. Das sagen zwei Mitarbeiterinnen des Zürcher Sozialdepartements.

Mit Esther Wyler und Margrit Zopfi sprachen Res Strehle und Stefan Hohler

Zürich. - Die beiden Frauen hatten intern Kritik geübt an Missständen in der Sozialhilfe. Von Sozialvorsteherin Monika Stocker (Grüne) wurden sie kaltgestellt.

Trotzdem wollte die Geschäftsprüfungskommission des Gemeinderates die Kritikerinnen nicht anhören - und kam zu einem gnädigen Urteil über Stocker. Jetzt reden die Frauen öffentlich darüber, wie sie die Arbeit des Sozialdepartements unter Stockers Führung erlebten.

Sie haben jahrelang im Sozialdepartement gearbeitet, was läuft Ihrer Ansicht nach falsch im Departement Stocker?

Esther Wyler: Frau Stocker hat kritische Stimmen am heutigen System immer als Kritik an der Institution Sozialhilfe interpretiert und sie zum Schweigen gebracht. Das ist falsch. Im Sozialdepartement fehlte die kritische Distanz, was sich auch intern auswirkte. Wenn man sagte, dass viele Ausländer die Sozialhilfe ausnutzen oder missbräuchlich benutzen, hiess es rasch «Geh doch zur SVP», oder man wurde als Ausländerhasser tituliert. Da wurde man immer wieder gefragt: «Warum reitest du eigentlich so auf diesen Fällen herum? In den Chefetagen wird doch viel mehr abgezockt.» Ich konnte das nicht mehr akzeptieren.

Frau Zopfi, Sie waren unter anderem im Controlling tätig und hatten Einblick in weit über tausend Fälle. Ihre Bilanz?

Margrit Zopfi: Offiziell heisst es immer, dass die Missbrauchsquote bei vier Prozent liegt. Wie man darauf kommt, weiss ich nicht. Aber ich hatte intensiven und vollständigen Einblick in viele Fälle und kann sagen, dass diese Zahl viel zu tief ist. Meines Erachtens liegt die Zahl eher zwischen zehn und zwanzig Prozent.

Wyler: Wobei man sagen muss, dass es sich vielmals nicht um einen eigentlichen Sozialmissbrauch handelt, sondern um einen Missstand im Sozialdepartement. Beispielsweise ist eine Person zwar arbeitsfähig, aber sie unternimmt keine Anstrengung, eine Stelle zu finden. Oder der Sachbearbeiter fragt nicht nach, woher der Sozialhilfebezüger das Geld für einen dreimonatigen Urlaub herhat. Oder ein Klient wird während vier Jahren nicht aufgefordert, sein Bankkonto zu aktualisieren, sodass man keinen Überblick über seine finanzielle Situation hat. Das sind Systemmängel, interne Schwachstellen, die zu einem Missbrauch führen.

Das heisst, im Sozialdepartement bringt man den Klienten ein grosses Vertrauen entgegen - ein zu grosses?

Zopfi: Ja. Vertrauen ist gut, aber Wissen ist besser. Das bedeutet aber nicht, kein Vertrauen zu haben. Aber ein Sozialarbeiter muss das Vertrauensverhältnis immer wieder hinterfragen, was leider öfter nicht der Fall ist. Er sollte wissen, in welchen Verhältnissen die Klienten wohnen und wie sie leben usw.

Wyler: Es wäre vielfach ganz einfach, Missbräuche zu verhindern. Wenn man einen Fall von einer Familie mit drei Kindern hat, eventuell mit Schulden, sollte es doch ganz klar sein, die Krankenkassenprämien oder den Mietzins direkt zu bezahlen. So kommen die Leute gar nicht in Versuchung, das Geld zweckentfremdet zu gebrauchen. Aber vielfach haben die Sachbearbeiter einfach Scheuklappen oder wollen das gar nicht sehen.

Wenn Sie in der Fallkontrolle einen Fehler, also eine mögliche missbräuchliche Verwendung des Geldes festgestellt haben, wem haben Sie das gemeldet?

Wyler: Wenn wir einen Fehler feststellten und dies dem Vorgesetzten meldeten, hat niemand nachgeprüft, ob die Korrekturen gemacht wurden. Gegen aussen hin wurde immer kommuniziert, dass das Kontrollsystem funktioniert. Wir haben uns die Köpfe heiss geredet und gefragt: «Wofür machen wir unseren Job?»

Zopfi: Meine Aufgabe war, Kontrollen zu machen. Ich habe meinem Chef gesagt, dass die Fälle zum Teil alarmierend geführt werden und dass Geld verschleudert wurde. Ich nenne ein Beispiel: In der Kontrolle fand ich heraus, dass viele Taxifahrer ihre Lohnabrechnung so jonglierten, dass sie den maximalen Freibetrag von 650 Franken herausholen konnten. Ich intervenierte und verlangte Anfang 2006 eine Regelung, aber bis heute ist noch keine Richtlinie da. Ich gehe davon aus, dass rund ein Drittel aller von mir kontrollierten Fälle von den Mitarbeitern des Sozialdepartements schlecht geführt wurden.

Hängt das mit der Arbeitsüberlastung zusammen?

Zopfi: Nein, ich würde das nicht sagen. Die Frage muss lauten: Können wir die Zahl der Fälle nicht reduzieren? Wenn wir jeden Fall genau und auch vor Ort anschauen, könnte man, so schätze ich, die Zahlungen in rund einem Drittel der Fälle einstellen. Das kann ich aus meiner rund zwölfjährigen Tätigkeit sagen. Aber man muss den Mut haben und dem Sozialhilfebezüger sagen: «Wir haben Ihr Dossier angeschaut und werden aus diesem und jenem Grund nicht mehr weiterzahlen.» Es kann dann sein, dass die betreffende Person Rekurs macht, aber viele würden es dabei belassen.

Haben die Mitarbeiter im Sozialdepartement zu wenig Druckmittel, um die Klienten zur Kooperation zu zwingen?

Zopfi: Die Leute meinen, sie hätten zu wenig Druckmittel. Das kommt schon von oben herab: Stadträtin Monika Stocker hat mit dem Mahnfinger

gesagt: «Ich akzeptiere nicht, dass einige von uns fordern, die Sozialhilfe einzustellen, bis die Leute sich an die Regeln halten.» Das ist in den Köpfen der Mitarbeiter verinnerlicht.

Wyler: In der Einzelfallkommission hat es zu diesem Thema bis zum Sommer 2007 immer geheissen, das sei nicht möglich oder rechtlich nicht gedeckt. Das hat sich heute zum Glück geändert. Beispielsweise wenn man eine Person auffordert, eine Stelle anzunehmen. Wobei wir hier nicht von Zwangsarbeit sprechen. Aber wir dürfen doch eine zumutbare Gegenleistung erwarten.

Ihnen wird vorgeworfen, Amtsgeheimnisse verletzt zu haben. Was sagen Sie dazu?

Zopfi: Dazu sage ich nur Folgendes: Ich bewundere Leute, die den Mut und die Zivilcourage haben, die Öffentlichkeit zu informieren, wenn so gravierende Fehler gemacht werden, und die dabei ihren Arbeitsplatz gefährden und ein Strafverfahren riskieren.

Sie beide sind von der Geschäftsprüfungskommission des Gemeinderates nicht befragt worden. Das überrascht.

Zopfi: Alle Mitarbeiter in der Fallkontrolle haben ein Schreiben erhalten, dass die Kommission ihre Arbeit aufnimmt. Ich bin davon ausgegangen, dass ich befragt werde. Als dies nicht der Fall war, ahnte ich bereits, wie der Bericht wohl herauskommen würde.

Am Dienstag informiert Monika Stocker über die Arbeit der neuen Sozialinspektoren. Was erwarten Sie?

Wyler: Ich bin überzeugt, dass Frau Stocker die Arbeit der Sozialinspektoren persönlich immer noch nicht goutiert, aber aus politischen Gründen die Tätigkeit akzeptieren muss.

Zwei Kronzeuginnen gegen Stocker

Esther Wyler und Margrit Zopfi sind bisher die einzigen Angestellten des Zürcher Sozialdepartementes, die offen über Missstände im Amt reden. Die beiden langjährigen Mitarbeiterinnen wurden Ende Oktober am Arbeitsplatz verhaftet und vor den Augen ihrer Kollegen abgeführt, ihre Computer wurden beschlagnahmt. Sie werden verdächtigt, der «Weltwoche» Infos geliefert und damit das Amtsgeheimnis verletzt zu haben. Seither sind sie freigestellt. Jetzt sind sie - in Interviews mit der «Weltwoche» und dem «Tages-Anzeiger» - an die Öffentlichkeit getreten.

Esther Wyler (49) wechselte 1991 von einer Gewerkschaft zum Sozialdepartement. Ende der Neunzigerjahre gehörte die Juristin zum engeren Kreis um Monika Stocker und war am Change-Projekt beteiligt, das zur Reorganisation mit den fünf Sozialzentren führte. Wyler war designiert als Ko-Leiterin eines der Zentren, kam nach längerer Krankheit aber für diese Funktion nicht mehr in Frage. Seit ihrem Wiedereinstieg im Jahr 2001 arbeitet sie in einer 50-Prozent-Stelle im Kompetenzzentrum und studiert Philosophie an der Universität Zürich.

Margrit Zopfi (57) war früher als PR-Fachfrau in der Privatwirtschaft tätig gewesen. Im Sozialdepartement, wo sie seit 1996 arbeitete, war sie unter anderem als

Controllerin mit der Fallkontrolle betraut und hatte Einblick in sämtliche elektronisch gespeicherten Dossiers. Seit ihrer Freistellung lernt Zopfi Spanisch und kümmert sich um Sohn und Partner.

Im Gespräch mit dem TA zeigen sich die Frauen kämpferisch und selbstbewusst, lassen sich kaum unterbrechen, auch nicht gegenseitig («Bitte lass mich ausreden»). Zum aktuellen Ermittlungsverfahren gegen sie wollen sie sich nicht äussern. Und nie mehr wollen sie einen Fuss ins Sozialdepartement setzen. (rs)

Monika Stocker erhält eine letzte Chance

Auch linke Politiker kritisieren Monika Stocker für deren Versäumnisse in der Sozialhilfe. Die Stadträtin sei zwar noch «tragbar», müsse aber sofort ihre Betriebsblindheit ablegen.

Von Stefan Häne

Monika Stockers Rückhalt in den Reihen der Linken ist nicht mehr so gross wie auch schon. Davon zeugen Aussagen, die SP- und AL-Gemeinderäte gegenüber dem TA gemacht haben - die meisten allerdings nur hinter vorgehaltener Hand. Stocker wirke «extrem ausgepowert» und «verbraucht», heisst es, die Betriebskultur im Sozialamt sei «schwierig». Die Rede ist von einem «Matriarchat», in dem oftmals «wenig fähige Vorgesetzte» schalten und walten würden.

«Für einen Rücktritt brauchts mehr»

Rücktrittsforderungen werden indes nicht laut. «Für einen Rücktritt brauchts mehr», zeigt sich Gemeinderat Walter Angst (AL) überzeugt. Ansonsten, so gibt er zu bedenken, hätten in der Vergangenheit auch andere Stadträte ihren Posten räumen müssen, etwa Elmar Ledergerber (SP) wegen seiner «schwierigen Rolle» im Schauspielhaus oder Kathrin Martelli (FDP) wegen «umstrittener Vergaben» von Bauaufträgen an den Architekten Theo Hotz. Kritik setzt es für Stocker dennoch ab. Sie habe es versäumt, den Personalbestand in ihrem Amt rechtzeitig zu vergrössern, sagt Angst. «Das ist ein grosser Fehler gewesen.» 150 Fälle pro Sozialarbeiter - dies sei jenseits von Gut und Böse. Dass mit solchen Rahmenbedingungen Fehler passierten, überrasche ihn nicht.

In der SP scheint Thomas Marthaler der Einzige zu sein, der die Arbeit Stockers öffentlich zu hinterfragen wagt. Die grüne Stadträtin habe im Sozialbereich viel Pionierarbeit geleistet, wofür ihr Dank gebühre, sagt Marthaler, der von 2001 bis 2006 Mitglied der Sozialbehörde war. «Im Vollzug der Sozialhilfe ist sie aber nicht besonders offen für Kritik.» Dies schade über kurz oder lang der Akzeptanz der Sozialhilfe in der Bevölkerung. Aus Sicht von Marthaler ist Stocker noch «tragbar». Allerdings müsse sie jetzt ihre «Betriebsblindheit» schleunigst ablegen und ein Kontroll- und Qualitätssicherungssystem ausarbeiten, das wirksam sei und auch seriös angewendet werde. «Falls Frau Stocker diese Arbeit nicht in Angriff nehmen möchte, würde ich ihr empfehlen, das Departement zu wechseln.»

BILDER THOMAS BURLA

Esther Wyler (links) und Margrit Zopfi sind vom Sozialdepartement freigestellt worden. Sie sollen das Amtsgeheimnis verletzt haben.

Zürich

«Missbräuche offenbar an der Tagesordnung»

Stadtzürcher Gemeinderat Harte Kritik für Monika Stocker › SVP will erneut PUK zu den Missbräuchen der Sozialhilfe

Die SVP stellt erneut den Antrag, das Verhalten des Sozialdepartements gegenüber missbräuchlichen Bezügen von Sozialhilfe durch eine Parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) abklären zu lassen. Die Vorsteherin, Monika Stocker, bekam bereits etliche Schelte zu hören.

Alfred Borter

Der Bericht über die ersten Erfolge der Sozialinspektoren, welche im Falle eines Verdachts von Missbräuchen beim Bezug von Sozialhilfe tätig wurden, und die Vorwürfe von zwei Mitarbeiterinnen über klare Versäumnisse innerhalb des Sozialamts hat im Zürcher Gemeinderat zu teilweise sehr heftigen Reaktionen geführt. Dabei wurde Stadträtin Monika Stocker zum Teil hart kritisiert.

Mehr Kontrollen, aber subito

Es kommt selten vor, dass ein Votum aus dem Gemeindeparlament offenen Applaus erhält. Gestern allerdings war das der Fall. SP-Mitglied Thomas Marthaler gab in einer persönlichen Erklärung zu verstehen, als Mitglied der Sozialbehörde habe er verschiedentlich Anträge gestellt, bei Verdacht auf einen Missbrauch von Sozialhilfe Abklärungen vorzunehmen. «Aber passiert ist jeweils nichts», erklärte er, das sei absolut frustrierend gewesen. Er sei überhaupt nicht überrascht, dass die neu eingesetzten Sozialinspektoren eine ganze Reihe von Missbräuchen aufgedeckt hätten. «Es braucht saubere und griffige Kontrollen», erklärte er, «und zwar subito.»

Von der rechten Ratshälfte bekam Marthaler offenen Applaus, während man auf der linken Seite eher betreten schwieg.

Keine zahnlosen Tiger

SP-Fraktionschefin Judith Bucher war mit der Vorsteherin des Sozialdepartements sehr pfleglich umgegangen. Sie äusserte kein Wort der Kritik, sondern beschränkte sich auf die Erklärung, die SP nehme mit Befriedigung zur Kenntnis, dass die Inspektoren ihre Funktion erfüllten.

Die Grünen lobten ihre Stadträtin Monika Stocker ausdrücklich dafür, dass sie die Sozialinspektoren so mit Kompetenzen ausgestattet habe, dass diese keine zahnlosen Papiertiger seien. Man solle jetzt einmal die dreijährige Versuchsphase abwarten, bevor man den Schluss ziehe, der Missbrauch sei sehr gross. Die Alternativen gaben sich mit der Bemerkung zufrieden, es handle sich bloss um eine Schlammschlacht gegen die Sozialamtsvorsteherin.

Chaos und Kopf im Sand

Auf der andern Seite gab Roger Liebi von der SVP zwar zu verstehen, er möge Monika Stocker persönlich, doch das hinderte ihn nicht daran, ihr an den Karren zu fahren. Sie habe die Anträge der SVP, Missbräuche zu verhindern, nie ernst genommen. SVP-Fraktionschef Mauro Tuena stellte ein «Chaos im Sozialdepartement» fest. Missbräuche seien offenbar an der Tagesordnung. Und verantwortlich sei Monika Stocker. Jetzt brauche es endlich eine PUK, um Licht ins Dunkel zu bringen. Monika Stocker habe den Kopf in den Sand gesteckt, sagte Roger Tognella im Namen der FDP. Er forderte sie dazu auf, «über personelle Konsequenzen nachzudenken».

Der Antrag auf Einsetzung einer PUK kommt erst später zur Abstimmung.

Peter Arbenz entlastet Stocker

Pascal Unternährer

zürich – In einem Bericht haben der frühere Winterthurer Stadtrat Peter Arbenz und ein weiterer Experte das Sozialdepartement der Zürcher Stadträtin Monika Stocker von den schweren Vorwürfen von zwei früheren Sozial-Controllerinnen entlastet. Diese hatten behauptet, dass 80 Prozent der Sozialhilfe-Fälle mangelhaft geführt werden und 30 Prozent sofort eingestellt werden könnten. Darauf haben Fachleute unter Arbenz' Leitung die 313 von den beiden Frauen in den letzten zwei Jahren beanstandeten Fälle analysiert und nur in 12 Fällen finanzrelevante Mängel gefunden. Der entstandene Schaden beläuft sich für die Stadt auf 25 000 Franken – 0,1 Prozent der untersuchten Fallkosten. «Am Schluss ist aus dem Elefanten ein Mäuschen geworden», sagte Arbenz und stellte der Zürcher Sozialhilfe ein gutes Zeugnis aus.

Gestern wurde zudem bekannt, dass die beiden Frauen Strafanzeige gegen Stocker und drei weitere Kaderleute des Sozialdepartements eingereicht haben. Sie erhoffen sich dadurch eine «wirklich unabhängige» Untersuchung ihrer Vorwürfe. (pu) | Seite 31

Bericht entlastet Stockers Departement

Pascal Unternährer

Unabhängige Experten haben die schweren Vorwürfe gegen die Zürcher Sozialhilfe entkräftet. Während der Präsentation des Berichts ist es zu einem Eklat gekommen.

Zürich – Am Schluss der Pressekonferenz war die Stimmung derart aufgeladen, dass es zu Eruptionen kam. Stadtpräsident Elmar Ledergerber fluchte laut durch den Saal, die frühere Controllerin Esther Wyler, die zwischen den Medienleuten sass, liess sich kaum unterbrechen, ihr Anwalt drohte unter Protest, den Raum zu verlassen. Daneben sass der «Weltwoche»-Journalist, wenige Meter dahinter beobachtete Stadträtin Monika Stocker die Szenerie. Vermutlich waren noch nie alle in diesem «Fall» Beteiligten in einem Raum versammelt. Die Vorkommnisse zeigten, dass es nicht nur um Fakte geht, sondern sehr stark auch um Emotionen und Verletzungen.

Zur Sache: In zwei Zeitungsinterviews hatten die mittlerweile fristlos entlassenen Controllerinnen der Sozialen Dienste, Esther Wyler und Margrit Zopfi, behauptet, dass 80 Prozent der Sozialhilfe-Fälle mangelhaft geführt werden, 30 Prozent umgehend eingestellt werden könnten und dass monierte Mängel nicht behoben würden. Zudem hatten sie den Bericht der gemeinderätlichen Geschäftsprüfungskommission, der das Sozialdepartement entlastete, als «Farce» bezeichnet. Diese Vorwürfe wollte Monika Stocker von Rechtsanwältin und FDP-Kantonsrätin Beat Badertscher untersuchen lassen. Doch weil die Ex-Controllerinnen nur unter gewissen Bedingungen bei der Klärung der Vorwürfe mitarbeiten wollten (auch weil gleichzeitig eine Strafuntersuchung gegen sie wegen Amtsgeheimnisverletzung läuft), gab Badertscher sein Mandat ab. Wenig später während der krankheitsbedingten Absenz Stockers neu gebildete Sozialdelegation des Stadtrats mit einer Untersuchung beauftragt hatte, blieb vorerst im Dunkeln.

Gestern wurde dieser Schleier gelüftet. Unter der Leitung des früheren Winterthurer FDP-Stadtrats Peter Arbenz und des Berner Beraters Peter Hablützel haben zwei Fachleute vom Luzerner und eine Person vom Schlierener Sozialamt die 313 Sozialhilfe-Dossiers überprüft, welche Wyler und Zopfi in den Jahren 2006 und 2007 (von 473 untersuchten Fällen) beanstandet hatten. Von den 313 Beanstandungen waren 238 formaler Natur (etwa falsch abgelegte Dokumente) oder nicht berechtigt, 23 nicht mehr eruierbar und 52 finanzrelevant, erklärte Arbenz. Und von den 52 seien schliesslich in 12 Fällen Mängel festgestellt worden, die nachüberprüft werden mussten. In 10 Fällen seien die Mängel korrigiert worden (hier wurde zu viel Geld ausgezahlt), in 2 nicht: Hier war der Klient nicht anspruchsberechtigt. Die finanzrelevanten Mängel beliefen sich auf 88 397 Franken, wovon 63 770 Franken zurückgefordert wurden. So blieben 24 627 Franken an finanziellem Schaden für die Stadt Zürich übrig, rechnete

Arbenz vor – also 0,1 Prozent der 23,7 Millionen, welche die 473 Fälle kosteten. «Am Schluss ist aus dem Elefanten ein Mäuschen geworden», sagte der Ex-Politiker und ereiferte sich ab dem «Riesenaufwand, um auf dieses Resultat zu kommen». «Die Sozialhilfe in der Stadt Zürich funktioniert», lautet deshalb Arbenz' Fazit. Es gebe keine Belege für die Vorwürfe der zwei Frauen. Vielmehr habe er eine ganze Kaskade von internen Kontrollmechanismen angetroffen. Es tue ihm fast leid, wie die Stadt Zürich derart ins Visier geraten sei, resümierte Arbenz und hielt einen «Landboten» in die Höhe, der von einem Sozialhilfemissbrauch in Winterthur berichtete. «Das gibt es überall», schloss Arbenz. Peter Hablützel ergänzte, dass die drei Fachleute zwar die technische Unterstützung durch Leute aus dem Sozialdepartement gebraucht hätten, doch er garantiere, dass alles korrekt abgelaufen sei. Er habe aber festgestellt, dass die Atmosphäre und Kultur im Sozialdepartement nicht ideal sei, um aus Fehlern zu lernen.

Ledergerber und Stocker-Stellvertreter Gerold Lauber zeigten sich erleichtert über die Resultate und beteuerten, die bereits eingeleiteten Verbesserungsmassnahmen weiterzuverfolgen. Monika Stocker zog sich wortlos zurück. IPASCAL UNTERNÄHRER

Wyler: Kritik und Strafanzeige gegen Monika Stocker

Pascal Unternährer

Esther Wyler (Bild), die eine der beiden Controllerinnen, die mutmasslich Sozialdaten an die «Weltwoche» weitergeleitet haben, kritisierte den Bericht umgehend. Die drei Sozialfachleute hätten ein untaugliches Instrument benutzt, um die beanstandeten Fälle (siehe Haupttext) zu überprüfen. Es erlaube nur eine Momentaufnahme und belasse die Deutungshoheit für die Fälle bei den Sachbearbeitenden. «Ich bleibe dabei: Die Zürcher Sozialhilfe funktioniert nicht», sagte sie und sprach von einer «Hexenjagd».

Gegen Abend teilte Adrian Bachmann, Anwalt der beiden Frauen, mit, dass sie Strafanzeige gegen Monika Stocker und drei weitere Kaderleute des Sozialdepartements eingereicht haben. Einerseits wegen Begünstigung: Seine Klientinnen könnten nachweisen, dass einzelne Angeklagte jahrelang nicht gegen Personen vorgegangen sind, die illegal Sozialhilfegelder bezogen haben, erklärte Bachmann. Andererseits wegen ungetreuer Geschäftsführung: Damit seien Steuergelder verschleudert worden, so der Anwalt. Es gehe darum, dass «wirklich unabhängige Untersuchungsprofis», also Staatsanwälte, die Sachlage beurteilten, ergänzte Bachmann. Denn die zwei vorliegenden Berichte seien «Gefälligkeitsgutachten». (pu)

Autor: Hohler Stefan

AufschlagGES

Kritik an der Sozialhilfe löst sich in Luft auf

Fachleute haben die Dossiers der Controllerinnen Esther Wyler und Margrit Zopfi untersucht. Sie haben keine Beweise für die angeblichen Mängel gefunden.

Von Daniel Suter

Zürich. - Zwei ehemalige Controllerinnen der Sozialen Dienste, Esther Wyler und Margrit Zopfi, hatten Mitte Januar in verschiedenen Medien (darunter im TA vom 19. 1. 08) schwere Vorwürfe gegen die Praxis der Sozialhilfe in der Stadt Zürich erhoben: Gemäss ihren Erfahrungen wiesen 80 Prozent der Fälle Mängel in der Fallführung auf; in einem Drittel der Fälle könnte die Zahlung von Sozialhilfe eingestellt werden, und das interne Kontrollsystem der Sozialen Dienste funktioniere nicht, festgestellte Mängel würden nicht behoben.

Diese alarmierenden Aussagen veranlassten den Stadtrat, eine Untersuchung durch unabhängige Fachleute anzuordnen. Unter der Führung von Peter Hablützel (ehemaliger Direktor des Eidgenössischen Personalamts) und Peter Arbenz (ehemaliger FDP-Stadtrat von Winterthur) nahmen sich drei Fachleute der Sozialhilfe aus Luzern und Schlieren alle 473 Dossiers vor, die in den Jahren 2006 und 2007 von Esther Wyler und Margrit Zopfi kontrolliert worden waren. Die beiden Frauen hatten alle diese Fälle anhand einer Checkliste mit 10 Kriterien oder Kontrollfragen überprüft. Die externe Untersuchungskommission nahm diese Checklisten als Kompass. Wo hatten Wyler und Zopfi welche Beanstandungen oder Mängel eingetragen? Welche dieser Mängel betrafen finanzielle Angelegenheiten? Welche Korrekturen wurden vorgenommen?

Am Freitag stellte die Kommission im Stadthaus ihr Untersuchungsergebnis den Medien vor:

Von ihren 473 Dossiers hatten Wyler oder Zopfi in 313 Dossiers etwas zu beanstanden gehabt. Diese Dossiers schauten sich die Untersuchungsbeauftragten genauer an. Dabei fanden sie, dass in 238 Fällen die Beanstandungen nur formaler Natur (z. B. ein Dokument war nicht eingescannt) oder sogar gegenstandslos waren.

Von den restlichen 75 Fällen liess sich in 23 Dossiers nicht mehr feststellen, was wirklich beanstandet worden war.

Somit blieben 52 Dossiers (oder 11 Prozent aller Fälle von Wyler und Zopfi), in denen die Controllerinnen insgesamt 89 Punkte kritisiert hatten. Doch die Nachprüfung ergab, dass die Controllerinnen gegen 29 Dossiers zu Unrecht Vorwürfe erhoben hatten. In 11 weiteren Dossiers blieb unklar, worin die Beanstandung bestanden hatte.

Schliesslich waren es noch 12 Dossiers (oder 2,6 Prozent aller von Wyler und Zopfi kontrollierten Fälle), in denen die Mängel tatsächlich finanzielle Folgen für die

Stadt hatten: In 2 Fällen hatte der Klient keinen Anspruch auf Sozialhilfe, und in 10 Fällen waren zu hohe Leistungen ausbezahlt worden.

Von diesen 12 Fehlerfällen waren 10 in der Zwischenzeit korrigiert worden. Oder in Franken: Von 88 397 Franken, die falsch oder zu viel ausbezahlt worden waren, hatte die Stadt 63 366 Franken schon wieder zurückbekommen oder war daran, den Betrag einzutreiben.

Nur gerade in 2 von den 473 Fällen ist der Stadt Zürich ein finanzieller Schaden entstanden, weil bei den Schuldnern das Geld nicht mehr zu holen war. Es handelt sich um 24 627 Franken. Das sind 0,1 Prozent der Sozialhilfe, welche die Stadt Zürich in den Jahren 2006 und 2007 in den von Wyler und Zopfi behandelten 473 Fällen ausbezahlt hat.

Die grossen Vorwürfe schrumpften in der Nachprüfung auf die kleine Fehlerquote von 2,6 Prozent und einen Finanzschaden von 0,1 Prozent. «Aus einem Elefanten ist ein Mäuschen geworden», sagte Peter Arbenz zum Ergebnis.

Peter Hablützel erwähnte die hohe Belastung in den Sozialen Diensten. 150 Fälle pro Mitarbeitende seien zu viel. Doch der Stress werde auch durch eine unnötige Bürokratie vermehrt: Auf den politischen Druck habe die Führung der Sozialen Dienste mit immer mehr Kontrollschritten und Vorschriften reagiert. «Zeitweise gab es in der Sozialhilfe 1600 Einzelvorschriften», sagte Hablützel. «Damit fehlte den Sozialarbeitern die Zeit für ihre wichtigste Aufgabe: die Leute wieder in den Arbeitsmarkt zurückzuführen.» Er kritisierte die Führungskultur der Sozialen Dienste: Man rede zu wenig miteinander, es gebe zu viele hierarchische Stufen - «nicht ideal für eine gute Lernkultur».

Das steht auch in den Empfehlungen der Untersuchungskommission, die den Stadtrat darin bestärkt, mit den eingeleiteten Verbesserungen zügig fortzufahren.

Strafanzeige gegen Monika Stocker eingereicht Hohler Stefan

Zürich. - Die beiden ehemaligen Mitarbeiterinnen des Sozialdepartements, Margrit Zopfi und Esther Wyler, wehren sich in einer Medienmitteilung gegen die Ergebnisse und Schlussfolgerungen der Untersuchung: Es sei unerklärlich, wie die drei Fachleute in lediglich 15 Tagen die 473 Dossiers aufarbeiten konnten. Sie kritisieren auch die Arbeitsweise: Jede Fallprüfung sei mittels einer Checkliste mit 10 Kriterien durchgeführt worden. Jedes Kriterium musste entweder als «erfüllt», «teilweise erfüllt» oder «nicht erfüllt» abgehakt werden. In vielen Fällen könne es laut Zopfi und Wyler aber sein, dass alle Punkte als «erfüllt» bewertet werden müssen und dass der Fall trotzdem schlecht geführt wurde.

Beispielsweise wenn Klienten nicht zu Arbeitseinsätzen verpflichtet werden, wenn Sozialarbeiterinnen aus Naivität den Klienten einfach alles glauben oder Bankkonti nicht eruiert oder überprüft werden. Der Grund liege darin, dass die mit der Fallkontrolle betraute Person sich nicht in die Fallführung der Sozialarbeiterin einmischen dürfe. Mit der Checkliste könne die Qualität der Fallführung gar nicht erfasst und beurteilt werden. Die Untersuchungsergebnisse müssten deshalb stark relativiert werden. Die beiden Frauen betonen, dass sie weiterhin zu ihren gemachten Ausführungen stehen. Sie haben eine Strafanzeige gegen Stadträtin Monika Stocker (GP) und das Kader des Sozialdepartements wegen ungetreuer Geschäftsbesorgung und Begünstigung erhoben. Sie erhoffen sich von diesem Schritt, dass «endlich eine ernst zu nehmende Untersuchung der Abläufe im Sozialdepartement durch wirklich unabhängige Untersuchungsprofis durchgeführt wird.»

Die Grünen zeigen sich in einer Mediateilung erfreut über die Untersuchungsergebnisse. «Die Vorwürfe der schlechten Amtsführung und der unzumutbaren Zustände in der Zürcher Sozialhilfe haben sich in Luft aufgelöst.» Für die SP ist klar: «Es gibt keinen versteckten Eisberg.» Die Sozialhilfe der Stadt Zürich sei viel besser als ihr Ruf. (hoh)

Esther Wyler.

Margrit Zopfi.

BILD BEAT MARTI

Präsentierten die Ergebnisse: Peter Hablützel mit Elmar Ledergerber (r.), Peter Arbenz und Judith Ehrler (links).

Zürich

Keine Bestrafung der Stadt Zürich

Kantonsrat Auf die von der SVP verlangte Kürzung des kantonalen Lastenausgleichs für die Sozialhilfe wird verzichtet

Weil die Stadt Zürich mit dem Lastenausgleich bezüglich Sozialhilfe nicht sparsam umgehe, müsse man mit einem Sondergesetz den Lastenausgleich begrenzen, verlangte die SVP. Die Kantonsrats-Mehrheit sah das anders.

Alfred Borter

Claudio Schmid (SVP, Bülach) verlangte mit einer Motion ein Sondergesetz zur Beschränkung des kantonalen Lastenausgleichsbeitrags für die Sozialhilfe, denn die Stadt Zürich habe derart hohe Aufwendungen für die Sozialhilfe, dass von einer wirksamen, wirtschaftlichen und sparsamen Aufgabenerfüllung nicht mehr die Rede sein könne. Er verwies in erster Linie auf den so genannten Hotelfall: eine Familie war für eine gewisse Zeit in einem Hotel in der Zürcher Altstadt einquartiert worden, mit Kosten von 8000 Franken im Monat. Zürich gehe es jetzt so gut, dass die Stadt ihre luxuriöse Sozialhilfe auch ohne Kantonshilfe berappen könne.

Die Regierung gab zu verstehen, die Fallkosten lägen in der Stadt Zürich im Vergleich zu den anderen Gemeinden zwar über dem Durchschnitt, aber bei weitem nicht an der Spitze. Der Kanton leiste bloss Beiträge, so weit die Ausgaben für die Sozialhilfe in Zürich über 230 Prozent der Pro-Kopf-Aufwendungen in den übrigen Gemeinden betrügen; im Übrigen sei der Kantonsbeitrag an Zürich von 30 Millionen Franken in den Jahren 1999 bis 2001 auf etwas über 27 Millionen in den folgenden Jahren zurückgegangen. So weit sich Schwachstellen bei der Zusprechung von Sozialhilfe gezeigt hätten, würden diese angegangen. Es gebe also keinen Anlass für eine speziell auf die Stadt Zürich gerichtete gesetzliche Regelung.

Regierungsrat Markus Nötter bekräftigte gestern, mit der für 2010 vorgesehenen Neuregelung des Finanzausgleichs werde ohnehin alles anders. Jetzt noch schnell eine Lex Zürich zu erlassen, sei verfehlt.

«Dumme Polemik»

Die Sprecherin der SP, Emy Lalli, bezeichnet es als verwerflich, dass die SVP immer auf der Stadt Zürich herumhacke. Es sei nicht so, dass die Klienten einfach ins Sozialamt marschieren und Geld verlangen könnten, es gebe eine grössere Prozedur, bis jemand Sozialgelder erhalte, aber dann, wenn der Nachweis erbracht sei, habe man auch Anspruch auf dieses Geld. Im Übrigen unternehme das Sozialdepartement alles, damit die Sozialhilfe beziehenden Menschen so rasch wie möglich wieder finanziell auf eigenen Beinen stehen könnten. Auch bei den anderen Fraktionen stiess der Antrag der SVP nicht auf Unterstützung. Katharina Prelicz (Grüne, Zürich) bezeichnete den Vorstoss als dumme Polemik, für Heinz Jauch (EVP, Dübendorf) war der Antrag staatspolitisch bedenklich, weil er die

Rechtsgleichheit tangiere. Lorenz Schmid (CVP, Männedorf) warf der SVP «Bestrafungsaktivismus» vor: Die Stadt Zürich sei auf gutem Weg, um das Problem des Sozialhilfemissbrauchs in den Griff zu bekommen. Auch Urs Lauffer (FDP, Zürich) wandte sich gegen das von der SVP inszenierte «Zürich-Bashing».

So blieben am Ende nur die SVP-Mitglieder, die sich für die Motion stark machten; sie wurde mit 119 zu 55 Stimmen bachab geschickt.

Autor: mju

Zürich und Region

Heftige Kritik von Insiderinnen am Zürcher Sozialwesen

Stadträtin Monika Stocker und GPK-Präsident weisen Vorwürfe zurück

Vor kurzem stellte die Geschäftsprüfungskommission (GPK) des Zürcher Gemeinderats einen Bericht vor, in dem sie publik gewordene Missbrauchsfälle im Sozialwesen durchleuchtete. Zwei frühere Mitarbeiterinnen des Sozialdepartements üben nun Kritik an diesem Papier, vor allem aber an den generellen Zuständen im Zürcher Sozialwesen.

mju. Am 8. Januar veröffentlichte die Geschäftsprüfungskommission (GPK) des Zürcher Gemeinderats einen Bericht zu den publik gewordenen Missbrauchsfällen im städtischen Sozialwesen. In dem Papier hielt sie Mängel fest und machte Verbesserungsvorschläge, stellte dem Sozialwesen insgesamt aber kein schlechtes Zeugnis aus. In den letzten Tagen ist dieser Bericht unter Beschuss geraten. In verschiedenen Zeitungs- und Radiointerviews ziehen zwei ehemalige Mitarbeiterinnen des Sozialdepartements dessen Resultate in Zweifel. Die beiden Frauen waren Ende Oktober vom Sozialdepartement freigestellt worden. Sie werden verdächtigt, Akten an die Medien weitergegeben zu haben; eine Strafuntersuchung läuft. In einem Interview in der «Weltwoche» vom letzten Donnerstag bezeichneten die beiden den Bericht der GPK als Farce (NZZ 18. 1. 08).

Zu lasches Vorgehen

Im «Tages-Anzeiger» vom Samstag wiederholen sie ihre Kritik am gesamten Zürcher Sozialwesen. Die beiden Frauen äussern die Vermutung, die Missbrauchsquote liege in Zürich nicht bei vier, sondern bei zehn bis zwanzig Prozent. Ermöglicht werde dies durch ein zu lasches Vorgehen im Sozialdepartement. Würden bei Nachkontrollen etwa Fehler festgestellt, prüfe anschliessend niemand nach, ob die entsprechenden Korrekturen auch tatsächlich gemacht würden. Oft hätten die Sachbearbeiter Scheuklappen oder weigerten sich, Missbräuche wahrzunehmen. Genaue und auch vor Ort durchgeführte Kontrollen würden nach Meinung der Insiderinnen dazu führen, dass wohl «in einem Drittel aller Fälle» die Zahlungen eingestellt werden könnten. Monika Stocker verstehe Kritik am System jedoch immer als Kritik an der Institution Sozialhilfe und blocke sie ab.

Sozialvorsteherin Monika Stocker hat am Samstag in einem Communiqué auf die Vorwürfe reagiert, ohne im Detail auf sie einzugehen. Stocker hielt fest, dass die beiden Mitarbeiterinnen nie einen fachlichen Rapport erstellt und ihr zugestellt hätten. Auch hätten sie nie um ein Gespräch mit ihr nachgesucht. Damit dürfte Stocker auf die Passage anspielen, mit der im «Tages-Anzeiger» in das Interview eingeleitet wird. In diesem Text heisst es, die beiden Frauen hätten intern Kritik geübt an

Misständen in der Sozialhilfe. Sie seien aber von Stocker «kaltgestellt» worden.

Stocker verweist auf GPK-Bericht

Im Übrigen weist Stocker die Vorwürfe der beiden freigestellten Mitarbeiterinnen zurück, und zwar mit Verweis auf den GPK-Bericht. Die massive Kritik der beiden an der Amtsführung der Mitarbeitenden der Sozialen Dienste stehe in deutlichem Widerspruch zu den Untersuchungsergebnissen der GPK. Diese habe dem Personal des Sozialdepartements eine «engagierte und professionelle Haltung» attestiert. In den Sozialzentren werde gemäss Aussagen in dem Bericht «mehrheitlich effizient und effektiv» gearbeitet, so Stocker weiter. Im Papier der GPK seien zudem Verbesserungen in den Prozessen und Kontrollsystemen erläutert worden. Laut Stocker wird nun in den Sozialen Diensten ein Risikomanagement und ein Qualitätssicherungssystem eingeführt, das «den neuesten fachlichen Standards» entspreche.

Kommissionspräsident Bruno Sidler (svp.) verteidigt GPK-Untersuchung zur Sozialhilfepraxis

Zwei freigestellte Mitarbeiterinnen des Sozialdepartements kritisieren die Geschäftsprüfungskommission (GPK) des Gemeinderats. Diese habe sie nicht angehört, als sie den Bericht zur umstrittenen Zürcher Sozialhilfepraxis verfasst habe. Warum befragte die GPK die beiden Insiderinnen nicht?

Bruno Sidler: Als wir mit unserer Untersuchung begannen, wussten wir überhaupt noch nichts von diesen beiden Frauen. Erst nachdem bekannt geworden war, dass die beiden Frauen von der Polizei befragt worden waren, erfuhren wir von ihnen. Die Geschäftsprüfungskommission verfügte nicht über die Kompetenz, sich an die beiden zu wenden, denn sie ist keine Strafverfolgungsbehörde. Die zwei Damen hätten aber schon zu Beginn der GPK-Untersuchung die Möglichkeit gehabt, mit uns in Kontakt zu treten.

«Alle können auf Misstände hinweisen»

Die beiden freigestellten Mitarbeiterinnen sagen jedoch, den Mitarbeitenden des Sozialdepartements sei es aus Gründen des Amtsgeheimnisses verboten gewesen, mit der GPK Kontakt aufzunehmen.

Alle Bürger haben das Recht, auf Misstände hinzuweisen, entweder bei der GPK oder bei der städtischen Ombudsstelle. Ich kann mir nicht vorstellen, dass das städtische Personalrecht einen Paragraphen enthält, der es Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern verbietet, diese Institutionen anzusprechen. Die zwei Frauen hätten sich im Vertrauen an uns wenden können.

Andere Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt machen von dieser Möglichkeit immer wieder Gebrauch.

Die beiden Insiderinnen kritisieren auch, das Sozialdepartement habe unbequeme Gesprächspartner willentlich von der GPK ferngehalten.

Unsere Arbeitsgruppen besuchten alle fünf Sozialzentren der Stadt Zürich. Mit dem Sozialdepartement war vereinbart, dass man uns dort jene Leute zur Verfügung stellt, die über die einzelnen Sozialzentren Bescheid wissen. Dieses Vorgehen ist in der Gemeindeordnung genau so festgelegt. Was unsere Kritiker fordern - etwa das Vorladen von Personen -, hätte nur in der Kompetenz einer Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) gelegen.

Die Sozialbehörde, so lautet ein weiterer Kritikpunkt der beiden, erfülle eine reine Alibifunktion. Als Kontrollmittel sei diese Milizbehörde nicht geeignet.

Das kann man so nicht sagen. Richtig ist aber, dass die Sozialbehörde ein seltsames Konstrukt ist. Sie soll die Arbeit des Sozialdepartements überprüfen, wird aber von der Vorsteherin ebendieses Departements präsiert. Das ist eine Aufweichung der Gewaltentrennung. Aber auf dieses und andere Probleme haben wir im Bericht hingewiesen. Alle politischen Parteien sind bereit, etwas dagegen zu unternehmen.

80 Prozent der Fälle in der Zürcher Sozialhilfe werden laut den beiden Insiderinnen mangelhaft oder sogar schlecht bearbeitet. Was sagen Sie zu dieser Zahl?

Dazu kann ich nichts sagen. Wir hatten ja nicht den Auftrag, das gesamte Sozialdepartement und alle Sozialfälle zu durchleuchten. Wir hatten gemäss dem Auftrag des Parlaments neun Fälle zu prüfen. Diese wurden nicht von uns ausgesucht, sondern durch Medienberichte, die meisten in der «Weltwoche», aufgebracht.

Aber scheint Ihnen auf dem Hintergrund Ihrer Erfahrungen dieser Anteil mangelhaft behandelter Fälle plausibel?

Auch das kann ich nicht beurteilen. Die beiden Insiderinnen haben einen ganz anderen Blickwinkel als wir. Sie arbeiteten in der Fallkontrolle, wir führten Gespräche in den Sozialzentren und untersuchten neun einzelne Fälle.

«Wir haben das Maximum herausgeholt»

Der Bericht der GPK verneble mehr, als dass er zur Aufklärung der Sachlage beitrage, kritisieren die zwei freigestellten Mitarbeiterinnen weiter. Zudem fordere er nur oberflächliche Retuschen am Sozialsystem.

Diese Vorwürfe weise ich zurück. Wir haben in unserem Bericht über 70 Fehler und Mängel aufgezeigt. Und wir haben grundsätzliche, institutionelle Reformen verlangt. Unter den vom Gemeinderat und von der Gemeindeordnung gesetzten Bedingungen holten wir in der Untersuchung das Maximum heraus. Wir konnten unsere Recherchen ja nicht über den Auftrag des Parlaments hinaus ausweiten. Tiefere Abklärungen wären nur möglich gewesen, wenn eine

Parlamentarische Untersuchungskommission eingesetzt worden wäre. Aber die Parlamentsmehrheit hatte sich ja gegen dieses von unserer Partei vorgeschlagene Instrument entschieden.

Würden Sie sich nach den gemachten Erfahrungen noch immer für eine Parlamentarische Untersuchungskommission aussprechen?

Ja.

Interview: mju.

mig

«Wir haben in unserem Bericht über 70 Fehler und Mängel aufgezeigt.»

GPK-Präsident Bruno Sidler (svp.)

MIRJAM GRAF

«Die interne Kontrolle in der Sozialhilfe ist tatsächlich mangelhaft»

An der Basis der Zürcher Sozialhilfe ist die Unzufriedenheit seit Jahren gross

Die Stimmung im Zürcher Sozialdepartement sei seit Jahren schlecht, heisst es bei Mitarbeitern. Die Vorgesetzten widersprechen: Man habe viele Probleme gelöst, die Kontrollen verbessert.

«Wir sind froh, dass jetzt etwas geht.» Die Frau, die das sagt, Frau N., 40 Jahre alt, ist Sozialarbeiterin der Stadt Zürich, seit vielen Jahren. Sie arbeitet an der Basis, ist für 90 Sozialhilfebezüger zuständig, und dort, an der Basis, sei die Stimmung schlecht, sagt sie. «An den Sitzungen geht die Post ab, aber ändern tut sich nichts.» Ihren Namen will die Frau nicht in der Zeitung lesen, «ich möchte weiterarbeiten», sagt sie.

Die Basis gegen Monika Stocker, Vorsteherin des Zürcher Sozialdepartementes, die sich immer schützend vor ihre Leute stellt? Die nicht müde wird zu beteuern, die Sozialarbeiter machten einen guten Job? «Es ist eine Posse», sagt Frau N., und sie sagt das nüchtern, ohne Bitterkeit. «Wir machen keinen guten Job. Es herrschen Missstände, und dass die beiden Frauen, Esther Wyler und Margrit Zopfi, ausgepackt haben, finden eigentlich alle gut. Für viele im Sozialdepartement sind sie Heldinnen.»

Vor einer Woche waren Esther Wyler und Margrit Zopfi, im Controlling des Sozialdepartementes tätig, an die Medien getreten und hatten gesagt, dass ein Drittel der Fälle in der Sozialhilfe schlecht geführt werde. Sie taten dies, nachdem sie freigestellt worden waren unter dem Verdacht, vertrauliche Dokumente an die «Weltwoche» weitergegeben zu haben. Für Frau N. ist es nachvollziehbar, dass die beiden Frauen frustriert sind, wie sie sagt: «Jahrelang machen sie Kontrollen, geben die Fälle, bei denen sie Mängel feststellen, an die Sozialzentren zurück, stellen dann nach Monaten fest, dass diese Mängel immer noch nicht behoben sind.» Dass beim Gang der beiden an die Öffentlichkeit wohl auch eine sehr private Sache eine Rolle gespielt hat, sei zwar ein Schönheitsfehler. Aber inhaltlich teilten viele die Kritik. «Die interne Kontrolle in der Sozialhilfe ist tatsächlich mangelhaft.»

Ungutes Gefühl

Frau N. sagt, das Problem seien nicht die grossen Missbrauchsfälle, wie sie in der «Weltwoche» ausgeschlachtet worden seien. Von denen gebe es vielleicht 4 oder 5 Prozent, wie Monika Stocker ja auch sage. Wer bösartig vorgehe, könne die Sozialhilfe immer missbrauchen, da nützten auch zusätzliche Kontrollinstanzen wenig. «Aber bei 30 bis 40 Prozent der Fälle haben wir das Gefühl, da läuft etwas schief, kleine Geschichten, zum Beispiel, dass jemand nebenher putzen geht und das Einkommen nicht deklariert. Oder dass jemand seine Wohnung untervermietet. Aber wir müssen die Leute unterstützen, weil wir es nicht

beweisen können.» Für Frau N. ist klar, dass man genauer hinschauen muss. «Nur geht das heute nicht. Wir sind oft nur noch am Verwalten der Dossiers, jeder erledigt das Allernötigste. Viele sehen die Klienten noch einmal im Jahr, verkehren sonst schriftlich mit ihnen.»

Eine Sozialarbeiterin in leitender Position meint, was Wyler und Zopfi publik gemacht hätten, dünke sie zwar übertrieben, aber man dürfe es nicht beschönigen. «Man soll dazu stehen, dass man Fehler macht. Und man muss den Politikern sagen: Wenn ihr wollt, dass wir noch genauer hinschauen, dann brauchen wir mehr Leute - und zwar in der Sozialarbeit und bei den neu eingeführten Sozialinspektoren.»

Thomas Bachofen, Leiter des Sozialzentrums Albisriederhaus, widerspricht der grundsätzlichen Kritik: «Ich und viele meiner Mitarbeiter finden das Vorgehen und die Vorwürfe der Frauen Wyler und Zopfi deplaciert. Die festgestellten Mängel wurden in aller Regel behoben.» Man habe jetzt als Lösung des Problems die Sozialinspektoren und das Team «Vertiefte Abklärungen». Heute werde bei der Aufnahme eines Falles und bei der jährlichen Überprüfung genau kontrolliert: «Wer die Mittellosigkeit nicht lückenlos belegt, erhält kein Geld.» Den früher oft gewährten Vertrauensvorschuss gegenüber Klienten gebe es nicht mehr.

Ein hoher Anspruch

Die Belastung in der Sozialhilfe habe stark zugenommen, sagt er. «Seit 2000 steigt die Arbeitslosigkeit bei den schlecht qualifizierten Menschen an, weil es weniger Hilfsarbeiterjobs gibt.» Zwischen 2001 und 2006 sei die Anzahl Fälle, wo man finanziell geholfen habe, von 5700 auf 9200 gestiegen. «Auch die Familiensituationen sind komplexer geworden, es gibt mehr Suchtprobleme, psychische Probleme, Gewalt. Der Sozialarbeiter ist der Troubleshooter - von ihm wird erwartet, all die Probleme zu lösen. Er muss den Kinderschutz sicherstellen. Die wirtschaftliche Hilfe korrekt sicherstellen. Die berufliche Integration sicherstellen.» Wer mehrere Fälle mit schwierigen Familienverhältnissen betreue, sei dadurch schon stark belastet, sagt Bachofen, «und wenn man daneben noch 100 einfachere Fälle hat, ist es ein hoher Anspruch, in jedem einzelnen Fall immer gut auf dem Laufenden zu sein.»

Dreistere Sozialhilfebezüger

nck

In der Sozialhilfe hat ein Mentalitätswandel stattgefunden. Früher war der typische Sozialhilfebezüger ein Schweizer, der sich dafür schämte. Heute fragen sich viele: Wie kann ich das

System am besten nutzen zu meinem Vorteil, oder gar:
Wie kann ich es ausnutzen? «Bei Klienten aus Ländern mit Korruption stellen wir das vermehrt fest, einige treten mit einer gewissen Kaltschnäuzigkeit auf», sagt Thomas Bachofen, Leiter eines Sozialzentrums. Aber man müsse die Relation wahren - das seien vielleicht 5 Prozent aller Klienten. «Seit zwei Jahren sind wir daran, uns auf diese Situation besser einzustellen.» (nck.)

Autor: mju

Zürich und Region

Sozialvorsteherin Monika Stocker tritt auf Ende Juli zurück

Gesundheitszustand und Kritik an Amtsführung als mögliche Gründe - Ersatzwahl wohl am 1. Juni

Zürchs Sozialvorsteherin Monika Stocker gibt ihr Amt auf den 31. Juli ab. Der Schritt dürfte gesundheitliche Gründe haben, aber auch mit der Kritik zusammenhängen, die in der letzten Zeit auf das Zürcher Sozialwesen niederprasselte. Die Ersatzwahl könnte bereits am 1. Juni stattfinden. Antreten wird neben der Grünen Partei auch die SVP.

mju. Tagelang jagten sich Gerüchte: Der Rücktritt der in der Kritik stehenden Zürcher Sozialvorsteherin Monika Stocker stehe unmittelbar bevor, hiess es in den Medien. Am Dienstag hat der Stadtrat in einer zwanzig Zeilen knappen Mitteilung bekanntgegeben, Stocker habe ihren Rücktritt auf den 31. Juli beantragt. Eine öffentliche Stellungnahme Stockers gibt es nicht. In der Mitteilung des Stadtrats wird sie dahingehend zitiert, sie habe bereits am Wahlabend 2006 einen Rücktritt auf Mitte der Legislatur ins Auge gefasst - also irgendwann auf das Frühjahr 2008.

Überzeugt von ihrer Arbeit

Detaillierter äussert sich Stocker in einem vertraulichen Brief an die Stadtzürcher Grünen, der aufgrund eines Lecks an verschiedene Medien gelangte. Gemäss dem Brief hatte Stocker beabsichtigt, ihre Partei im Laufe der nächsten vier Wochen über ihren Rücktritt auf Mitte der Legislatur zu orientieren. Das Leben halte sich aber nicht an die eigenen Pläne, heisst es im Schreiben weiter. Bedauerlicherweise seien die zwei letzten Jahre von den Themen Sozialhilfe, Missbrauch und vom Ausbau der Kontrollen überlagert worden. Dies habe sie persönlich schwer getroffen. Dennoch sei sie überzeugt, in der Sozialhilfe werde gute und wertvolle Arbeit geleistet, zu der sie hundertprozentig stehen könne. Stocker erklärt im Schreiben des Weiteren, sie habe die Ziele erreicht, die sie sich für ihre vierte Legislatur gesetzt hatte.

Die 59-jährige Stocker ist seit 1994 Vorsteherin des Sozialdepartements. Sie musste letzte Woche wegen Herz- und Kreislaufproblemen ein Spital aufsuchen. Entgegen ersten Ankündigungen kehrte sie nach dem Spitalaufenthalt nicht direkt ins Büro zurück, sondern trat einen Erholungsurlaub an. Dieser soll noch bis am 25. Februar dauern.

Markus Kunz, der Stadtparteipräsident der Grünen, zeigte sich zwar von der Geschwindigkeit von Stockers Entscheid überrascht, nicht jedoch vom Entscheid selber. Stocker sei wohl von der dauernden Kritik am Sozialwesen und an ihrer Amtsführung zermürbt worden. Daraus habe sie den Schluss gezogen, dass sie sich dies «in ihrem Alter nicht mehr antun» müsse. Ihr Rücktritt sei jedoch kein Schuldeingeständnis.

Mit Verärgerung reagierte die SP auf die Rücktrittsankündigung Stockers. In einer Mitteilung lobt

die Partei die Leistungen der abtretenden Sozialvorsteherin. Man könne ihr zwar den Vorwurf machen, sie habe den Sozialhilfemissbrauch anfänglich unterschätzt. Inzwischen habe sie jedoch reagiert und nehme das Thema ernst. Stadtparteipräsident Koni Loepfe sprach auf Anfrage von einer zuerst durch die «Weltwoche» und danach durch den «Tages-Anzeiger» inszenierten Kampagne; irgendwann habe Stocker keine reelle Chance mehr gehabt, sich mit Fakten gegen die Kritik zu wehren. Loepfe zeigte sich überzeugt, dass sich etwa die jüngst von zwei Insiderinnen gemachten Vorwürfe in Luft auflösen würden. Die Kritiker Stockers übersähen zudem, dass die Kontrollen im Sozialdepartement in den letzten zwei Jahren deutlich verbessert worden seien.

SVP: Es ist höchste Zeit

Mit Genugtuung nahm hingegen die SVP vom Rücktritt Kenntnis. Laut Stadtparteipräsident Rolf Siegenthaler ist es höchste Zeit, dass Stocker geht. Sie habe in der Sozialhilfe ein ideologisch basiertes System durchgesetzt, das praktisch der Einführung eines garantierten Mindestlohns gleichkomme. Jede und jeder habe in der Stadt Zürich Fürsorge erhalten. Gescheitert sei Stocker nun nicht an der Kritik der SVP, sondern an den Vorwürfen, die aus ihren eigenen Reihen an die Öffentlichkeit getragen worden seien. Unter Stocker habe es im Sozialdepartement keine funktionierende Führungsstruktur gegeben und keine vernünftige Kommunikationskultur.

Aus Sicht der FDP hätte Stocker nicht zurücktreten müssen, wie Stadtparteipräsident Urs Egger sagte. Allerdings brauche es jetzt einen Vorsteher, der die von der Geschäftsprüfungskommission des Gemeinderats verlangten Reformen des Kontrollsystems umsetze. Stocker sei gesundheitlich angeschlagen und schon sehr lange dabei. Darum sei ein personeller Wechsel vielleicht auch eine Chance, sagte Egger weiter.

Ersatzwahl wohl am 1. Juni

Wer diese Chance wahrnehmen wird, könnte sich schon bald entscheiden. Als Termin für die Ersatzwahl steht der 1. Juni im Vordergrund. Der Stadtrat wird an seiner heutigen Sitzung den definitiven Entscheid fällen. Die Parteien bringen sich derweil in Position. Die Grünen erheben Anspruch auf den Sitz Stockers und werden wohl eine Findungskommission einsetzen, wie Markus Kunz sagte. Gesucht werde eine Persönlichkeit, die bereits einen gewissen Bekanntheitsgrad aufweise, denn der Wahlkampf sei kurz.

Kunz ist zuversichtlich, dass seine Partei Stockers Stadtratssitz verteidigen wird. Die SP anerkannte in ihrer Medienmitteilung den Anspruch der Grünen auf den Sitz; dies bedeute allerdings nicht, dass die Sozialdemokraten

jede Kandidatur der Grünen unterstützten, betonte Koni Loepfe. Öfters genannte, mögliche Kandidaten der Grünen Partei sind Nationalrätin Ruth Genner, Gemeinderat und Fraktionschef Daniel Leupi, die Gemeinderäte Markus Knauss, Balthasar Glättli und Christoph Hug, Kantonsrätin und Fraktionschefin Esther Guyer sowie die beiden Kantonsrätinnen Katharina Prelicz und Heidi Bucher.

Kampflos werden die Grünen einen Erfolg aber nicht einfahren können. Die SVP steigt ebenfalls ins Rennen, wie Rolf Siegenthaler bestätigte. Eine Findungskommission wird Vorschläge zuhanden der Delegiertenversammlung machen. Als mögliche Kandidaten gehandelt werden der im Herbst in den Nationalrat gewählte Alfred Heer, Gemeinderat und Fraktionschef Mauro Tuena und Gemeinderat Roger Liebi; Rolf Siegenthaler, der 2002 erfolglos für den Stadtrat kandidiert hatte, will sich auf sein Amt als Parteipräsident konzentrieren.

Mögliche Kandidatur aus der Mitte

Denkbar ist zudem eine Kandidatur aus der politischen Mitte. Die CVP hat zwar bereits verlauten lassen, sie wolle ihre Vertretung im Stadtrat nicht ausbauen. Die EVP hingegen prüft gemäss einer Medienmitteilung die Möglichkeit einer Kandidatur. Nicht grundsätzlich abgeneigt sind auch die Grünliberalen, wie der städtische Co-Präsident Markus Baumann auf Anfrage sagte. Ein Entscheid über eine Kandidatur werde auch davon abhängen, wen die Grünen aufstellten, betonte Baumann.

Gewählt wird nicht eine neue Sozialvorsteherin oder ein neuer Sozialvorsteher, sondern ein neues Stadtratsmitglied. Erst nach der Wahl werden die Departemente neu verteilt. Neuankömmlinge kommen dabei jeweils zuletzt zum Zug. Theoretisch wäre es laut Stadtpräsident Elmar Ledergerber möglich, dass sich ein Stadtrat schon vor den Ersatzwahlen um das Sozialdepartement bemüht. Ob sich jemand von den bestehenden Stadträten für Stockers Nachfolge interessiert, darüber konnte Ledergerber aber nichts sagen.

Weiterer Bericht Seite 53

Autor: urs

Zürich und Region

Sitzung des Zürcher Gemeinderats

Das Stadtparlament hält Sozialhilfepraxis für genügend durchleuchtet

SVP scheidet mit der Forderung nach einer Parlamentarischen Untersuchungskommission deutlich

Der Gemeinderat findet, dass es keine Parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) zur Sozialhilfepraxis braucht. Nach einstündiger Debatte ist der SVP- Antrag gestern chancenlos geblieben.

urs. Die Zürcher SVP schießt gerne mit Kanonen auf Spatzen. Diesem Ruf ist sie am Mittwochabend wieder einmal gerecht geworden. Obwohl sich die Situation rund um das Sozialdepartement inhaltlich (durch eingeleitete Reformen) und personell (durch die Ankündigung des Rücktritts von Monika Stocker) entschärft hat, verlangt die SVP weiterhin eine Parlamentarische Untersuchungskommission zu diesem Thema. Sie hielt gestern auf aussichtslosem Posten an einem im Januar eingereichten Beschlussesantrag fest. Der Rest des Parlaments erteilte dem Ansinnen nach rund einstündiger Debatte die absehbare Abfuhr.

Schwerfälliges Instrument

Zum Instrument der PUK, in Zürich letztmals vor über zehn Jahren bei der Klärschlammaffäre angewendet, wird mit gutem Grund nur äusserst selten gegriffen: Der Aufwand ist enorm, die Massnahme schwerfällig, die Vorwürfe müssen sehr gravierend sein, und vor Ablauf von zwei bis drei Jahren liegen selten Resultate vor.

Wenn Stockers Nachfolge Mitte Jahr ins Departement eintritt, muss sie das Heft sofort in die Hand nehmen können; das würde stark erschwert, wenn ihre Arbeit eine halbe Legislatur lang von den Nachforschungen der PUK begleitet würde. Doch für solche Argumente war die SVP nicht zugänglich. Fraktionspräsident Mauro Tuena befand, als er nach den ständigen Zwischenrufen aus seinem Mund dann offiziell das Wort hatte, es gelte jetzt «endlich einmal Licht in den Nebel des Sozialdepartements zu bringen». Mit dem Rücktritt der grünen Sozialvorsteherin seien die Probleme nicht gelöst, zumal ihre Amtsnachfolge das Kader nicht so einfach werde austauschen können. Auch stünden inzwischen weitere Vorwürfe im Raum, erhoben von zwei Mitarbeiterinnen der Sozialen Dienste in aller Öffentlichkeit. «Wer das alles nicht lückenlos aufgeklärt haben will, ist ein Totengräber der Sozialhilfe», warnte Roger Liebi (svp.) mit Sinn für Pathos. Die von diversen SVP-Vertretern in den Saal geworfene Kritik an der Stadtzürcher Sozialhilfepraxis hatte zum Teil Hand und Fuss, brachte aber nichts Neues: Die meisten der Kritikpunkte sind in diverse Reformen eingeflossen, die entweder schon umgesetzt oder von der Exekutive aufgegleist worden sind. Und dass Stockers Weggang weitere personelle Wechsel im Departement nach sich ziehen muss, etwa in der Direktion der Sozialen Dienste, dürfte den meisten klar sein.

Verweis auf den GPK-Bericht

Kurz: Die SVP konnte nicht plausibel machen, dass eine PUK neue Einsichten liefern könnte. Selbst die FDP, die vor Jahresfrist die Forderung nach einer PUK noch mitgetragen hatte, rief die bürgerlichen Ratsnachbarn zur Raison auf. Eine PUK würde nichts anderes zutage fördern als die Geschäftsprüfungskommission (GPK) in ihrem Bericht vom vergangenen Dezember, lautete der Grundtenor. Mit dem Einwand, die GPK habe viel zu wenig Kompetenzen für umfassende Abklärungen, erntete die SVP harten Widerspruch. Der GPK seien die Hände keineswegs gebunden gewesen, wettete beispielsweise Niklaus Scherr (al.). Nur habe sie, notabene unter Leitung eines SVP-Mitglieds stehend, ihre Aufgabe halt seines Erachtens liederlich erledigt und somit aus eigenem Verschulden Fragen offengelassen. «Und nun, da Sie es verbockt haben, fordern Sie eine PUK», sagte Scherr an die Adresse der SVP.

Die Tragweite des GPK-Befunds darf tatsächlich als beschränkt gelten; ein Persilschein für die Sozialen Dienste ist er sicher nicht. Allerdings zeigt der Bericht durchaus starken Verbesserungsbedarf in der Sozialhilfepraxis auf. Nur ist die Kritik von einem sachlichen Ton geprägt - was Kreisen, die einen skandalisierenden Tonfall pflegen, wohl automatisch als lasch erscheint. Wer gerne mit Kanonen auf Spatzen schießt, dessen Ohren sind kaum geschärft für Zwischentöne.

DIE SITZUNG IM ÜBERBLICK

Sponsoring-Auftritte des EWZ. Das EWZ erhält vier Sponsoring-Projekte für die kommenden drei Jahre bewilligt: Zürich-Marathon (380 000 Fr. im Jahr), Training Days (je 77 000 Fr.), Silvesterlauf (je 99 000 Fr.) und Jazznojazz (je 185 000 Fr.). Die Vorlage wird gegen den Willen der SVP überwiesen.

Geschäftsbericht der Asylorganisation 2006. Der Geschäftsbericht der Asylorganisation für das Jahr 2006 wird von einer klaren Mehrheit genehmigt.

Weiterhin Sperrklausel bei Gemeinderatswahl. Die im Jahr 2006 eingeführte Sperrklausel, gemäss der nur Parteien mit einem mindestens fünfprozentigen Wähleranteil in einem oder mehreren Wahlkreisen ins Parlament einziehen können, soll bei den nächsten Gemeinderatswahlen beibehalten werden. Eine entsprechende Motion der CVP/EVP-Fraktion zur Abschaffung scheidet mit 60 gegen 58 Stimmen.

Behutsamere Zusammenlegung zweier Schulen. Die Zusammenführung der Kunst- und Sportschule mit der

Schule für Mannschaftssport in Oerlikon soll von einer externen Fachperson begleitet werden. Dabei ist neben der Organisation auch das pädagogische Konzept zu berücksichtigen. Ein leicht abgeändertes SP-Postulat wird überwiesen.urs.

Autor: Baumann M.

Zürich und Region

Stocker-Kritikerinnen fristlos entlassen

Schwere Pflichtverletzung als Grund

mbm. Freigestellt waren sie schon, Esther Wyler und Margrit Zopfi, die beiden Angestellten des Sozialdepartements und scharfen Kritikerinnen von Stadträtin Monika Stocker. Jetzt sind sie fristlos entlassen worden. Am Freitag erhielten sie die schriftliche Entlassung zugestellt. Die beiden Frauen hatten kritisiert, dass 80 Prozent der Fälle im Sozialdepartement unsorgfältig geführt seien und in rund einem Drittel der Fälle die Zahlungen ganz eingestellt werden könnten. Weil in dieser Sache heikle Daten an die Medien gelangten, wurden eine Strafuntersuchung wegen Verdachts auf Amtsgeheimnisverletzung und eine Administrativuntersuchung eingeleitet.

Rosann Waldvogel, die Direktorin der Sozialen Dienste und damit die Vorgesetzte von Wyler und Zopfi, bestätigte auf Anfrage, dass die beiden Frauen per sofort entlassen worden seien. Dabei handle es sich um eine personalrechtliche Massnahme, die Waldvogel nicht weiter öffentlich kommentieren wollte. Die Direktorin der Sozialen Dienste fügte einzig hinzu, dass sich die Auflösung der Arbeitsverhältnisse auf einen Beschluss des Obergerichts abstütze. Daraus gehe gemäss dem städtischen Personalrecht eine schwerwiegende Pflichtverletzung hervor, die eine Fortführung der Arbeitsverhältnisse unmöglich mache. Es sei konkret erwiesen, dass die beiden Frauen heikle Daten weitergegeben hätten. Die Entlassung nehme die strafrechtliche Beurteilung nicht vorweg.

Zopfi und Wyler erklärten am Freitagabend auf Radio 24, dass sie von der Entlassung nicht überrascht seien. Deshalb seien sie auch nicht am Boden zerstört. Allerdings hätten sie, vielleicht etwas naiv, immer an eine gütliche Einigung geglaubt und mindestens eine ordentliche Kündigung erwartet. Die beiden Frauen akzeptieren die fristlose Entlassung nicht und wollen sie vor Arbeitsgericht anfechten. Im schlimmsten Fall müssten sie stempeln gehen.

Das Sozialdepartement führt die Administrativuntersuchung ohne Wyler und Zopfi durch, weil diese erst nach Abschluss der Strafuntersuchung dem Sozialdepartement Auskunft geben wollten. Die happigen Vorwürfe sollen zwei externe Fachpersonen klären, indem sie die letzten hundert Dossiers, die von den Kritikerinnen bearbeitet wurden, genau anschauen. Das Sozialdepartement will so herausfinden, was an der angeblich mangelhaften Fallführung wirklich dran ist. Der Abschluss der Strafuntersuchung wird nicht abgewartet, weil die Vorwürfe zu happig sind und so rasch als möglich geklärt werden sollen.

Autor: urs

Zürich und Region

Harsche Kritik am Sozialamt nicht erhärtet

Vorwürfe von Mitarbeiterinnen halten externer Prüfung nicht stand

Auswärtige Fachleute haben im Auftrag des Stadtrats die Vorwürfe zweier ehemaliger Mitarbeiterinnen des Sozialdepartements überprüft. Im weitgehend auf Aktenstudium basierenden Bericht werden die Kritikpunkte als unhaltbar taxiert. Der Stadtrat sieht sich dadurch bestätigt, während die Kritikerinnen die Untersuchung für unbrauchbar halten.

urs. Anfang Jahr wandten sich zwei langjährige Mitarbeiterinnen des Stadtzürcher Sozialdepartements, die zuletzt in der Fallkontrolle gearbeitet hatten, mit massiven Vorwürfen an die Öffentlichkeit. Sich ausdrücklich auf ihre eigenen Erfahrungen beziehend, sagten sie in die Diktiergeräte der Medien, dass 80 Prozent der Fälle mangelhaft geführt seien. Bei etwa jedem dritten Sozialhilfefall könnten laut ihren Aussagen die Zahlungen gar vollständig eingestellt werden, wenn die Bearbeitung sorgfältiger durchgeführt würde. Nun hat der Stadtrat diese erschreckenden Vorwürfe durch Fachleute der Sozialdienste von Luzern und Schlieren sowie zwei ebenfalls externe Berater prüfen lassen. Bei Letzteren handelt es sich um Peter Hablützel aus Bern sowie um Peter Arbenz, bekannt unter anderm als freisinniger Alt-Stadtrat von Winterthur und ehemaliger Flüchtlingsdelegierter des Bundesrats. Sie kommen in ihrem gestern Freitag präsentierten Schlussbericht zum Ergebnis, dass die erhobenen Vorwürfe sich nicht erhärten liessen und die interne Fallkontrolle im Zürcher Sozialdepartement gut funktioniere.

«Gutes Zeugnis für Soziale Dienste»

Die Untersuchung basiert im Wesentlichen auf dem Studium aller Fallakten, die von den beiden Mitarbeiterinnen selber in den vergangenen zwei Jahren kontrolliert worden waren. Die zwei hatten in diesem Zeitraum 473 Dossiers geprüft und 313 davon beanstandet. Gemäss der nun durchgeführten Nachkontrolle, die rund 15 Tage beansprucht hat, waren die allermeisten dieser Beanstandungen entweder gegenstandslos oder betrafen formale Mängel, die keinen finanziellen Schaden nach sich zogen. Bei insgesamt 34 Fällen waren die Ursachen der Beanstandung nicht mehr eruierbar - zum Beispiel, weil entsprechende Informationen im Dossier fehlten. Letztlich weist der Bericht die Zahl von 12 Fällen aus, bei denen die Mitarbeiterinnen unrechtmässige Bezüge entdeckt hatten und die externen Fachleute dies nun bei der Nachprüfung verifizieren konnten; die Gesamthöhe des Schadens betrug knapp 90 000 Franken, etwa drei Viertel davon sind schon zurückgefordert. «Den Sozialen Diensten kann ein gutes Zeugnis ausgestellt werden», halten die Verfasser des Berichts fest. Der Stadtrat solle «die ungerechtfertigten und weit übertriebenen Vorwürfe von sich weisen». Wie andernorts auch müssten die Instrumente in Zürich aber ständig weiterentwickelt

werden. Die hierzu eingeleiteten Reformen, eingeleitet von der Sozialbehörde und der Exekutive, führen laut Hablützel in die richtige Richtung. Als Problempunkte erwähnte er, dass Zürcher Sozialarbeiter im Schnitt ein zu hohes Fallvolumen zu bewältigen hätten und die Sozialen Dienste in den letzten Jahren auf den gewachsenen öffentlichen Druck «sehr bürokratisch» reagiert hätten. Aber auch hier seien Verbesserungen schon eingeleitet, der Dschungel an Regeln etwa werde gelichtet.

Kritikerinnen in der Offensive

Zürichs Exekutive wertet den Bericht als Bestätigung für den eingeschlagenen Weg. Stadtpräsident Elmar Ledergerber befand bei der Medienorientierung, gerade besagte Vorwürfe hätten viele Leute stark verunsichert, ja die öffentliche Meinung gar zum Kippen gebracht. Deshalb sei die Klärung dieser Punkte der Exekutive ein grosses Anliegen gewesen. Stadtrat Gerold Lauber zog das Fazit, der Vorwurf der Misswirtschaft sei unter keinem Titel gerechtfertigt gewesen. Dass es aber weiterhin Handlungsbedarf gebe, sei klar, und entsprechende Massnahmen seien ja eingeleitet. Monika Stocker, die Mitte Jahr zurücktreten wird, war bei der Medienorientierung im Publikum anwesend. Sie ergriff aber das Wort nicht.

Die beiden Kritikerinnen, gegen die ein Verfahren wegen Weitergabe vertraulicher Daten an die Medien läuft und die mittlerweile entlassen worden sind, beharren auf ihrem Standpunkt. Eine der beiden ist Esther Wyler. Sie wohnte, flankiert von ihrem Anwalt und einem «Weltwoche»- Journalisten, dem Medienanlass bei. Am Ende ergriff sie das Wort und liess sich auf einen lauten verbalen Schlagabtausch mit Ledergerber ein. Sie befand: «Die Sozialhilfe funktioniert nicht.» In einem Communiqué bezeichnen die zwei Frauen die Untersuchung als unbrauchbar. Sie basiere auf amtsinternen Checklisten und anderen Kontrollinstrumenten, die sie selber als unzulänglich kritisiert hätten. Zudem halten sie es für unmöglich, dass die von ihnen kontrollierten Fälle in so kurzer Zeit aufgearbeitet worden seien. Wie ihr Anwalt gestern mitgeteilt hat, gehen sie nun auch auf juristischem Weg in die Offensive: Sie sollen Strafanzeige gegen Monika Stocker und drei von deren Kadermitgliedern eingereicht haben, wegen ungetreuer Geschäftsbesorgung und Begünstigung.